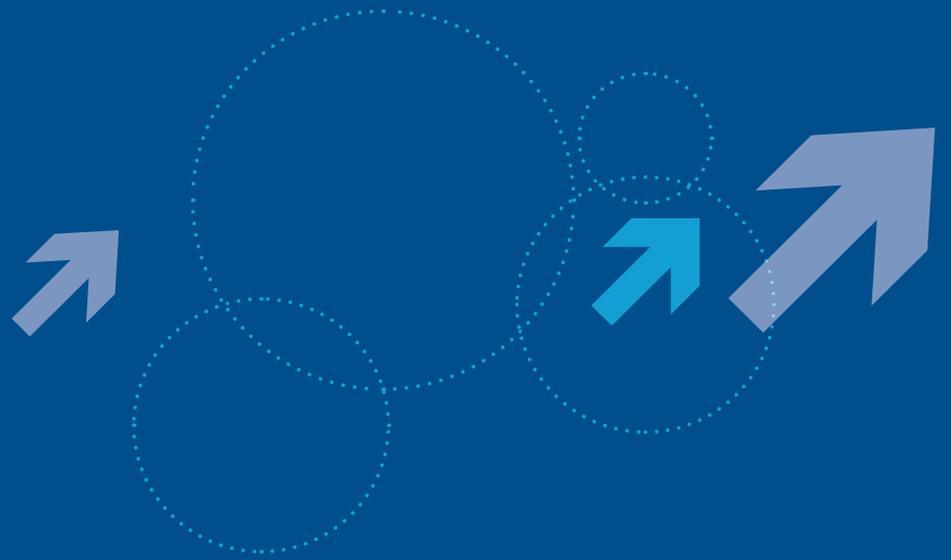




Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit des Standorts

Regionalpolitische Positionen | IHK Südlicher Oberrhein



Wirtschaftsstandort



Steuern und Abgaben

Unternehmen entlasten und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die Wirtschaftskraft und der Wohlstand unserer Region gründen auf der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmerschaft. Sie erwirtschaftet in hohem Maße die Finanzmittel, welche die Kommunen für eine funktionierende Infrastruktur benötigen. In diesem Zusammenspiel gelingen Investitionen in Breitband, Betreuung, Bildung, Wohnen oder Innenstädte. Diese Investitionen sind nötig, um auch künftig ein attraktiver Standort für Fachkräfte und Unternehmen zu sein.

Jedoch belasten zunehmende (kommunale) Steuererhöhungen unsere heimischen Unternehmen und verschärfen deren Wettbewerbssituation erheblich. Die gesamtwirtschaftliche Lage stellt die Betriebe bereits vor große Herausforderungen: gestiegene Inflation, Lohn- und Gehaltssteigerungen, Preissteigerungen bei Verbrauchs- und Investitionsgütern, hohen Energiekosten sowie Transformationsinvestitionen. Hinzu kommen hohe Steuerlasten und Abgaben, die dafür sorgen, dass der Standort Deutschland bei der Steuerbelastung der Unternehmen schon heute auf den oberen Rängen rangiert.

Die Erhöhung kommunaler Steuersätze wirkt sich somit unmittelbar auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus und verschlechtert die regionalen Rahmenbedingungen für weitere Investitionen erheblich. Ein Beispiel dafür ist die Grundsteuer, die mit dem Grundsteuergesetz Baden-Württemberg 2020 neu geregelt wurde. Kern ist unter anderem die Neubewertung der Grundstücke. Dies wird bei gleichbleibenden Grundsteuerhebesätzen der Kommunen teilweise zur Verdopplung oder Verdreifachung der Steuerbelastung für Unternehmen führen. Besonders belastet sind Unternehmen in ohnehin schon vergleichsweise teuren Innenstadtlagen. Hingegen wurde von der Politik mehrfach zugesichert, dass daran kein Interesse bestünde und die Aufkommensneutralität beachtet würde. Dementsprechend müssten die Kommunen ihre Hebesätze deutlich senken. Dies geschieht zwar teilweise schon, bei weitem aber nicht ausreichend.

Forderungen

1. **Keine Erhöhung der Gewerbesteuer und Senkung der Grundsteuerhebesätze:** Die IHK Südlicher Oberrhein lehnt jede Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze ab. Auch die anstehende Reform der Grundsteuer darf nicht als Vorwand für versteckte Steuererhöhungen genutzt werden. Wir appellieren daher an die Kommunen, die Hebesätze deutlich anzupassen und die Aufkommensneutralität umzusetzen.
2. **Abweisung neuer Bagatellsteuern und kommunaler Gebühren:** Die Einführung neuer Bagatellsteuern wie Verpackungs- und Bettensteuern sowie zusätzliche Gebühren und Abgaben auf kommunaler Ebene wird entschieden abgelehnt.
3. **Reduzierung der Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen:** Die IHK setzt sich für eine deutliche Reduzierung der Steuerbelastung der Unternehmen am Standort ein, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Investitionen zu fördern.

Innenstädte

Attraktive Zentren – wirtschaftlich stark, nachhaltig und mit hoher Aufenthaltsqualität

Innenstädte sind Orte der Begegnung, des Arbeitens und des Lebens. Lebendig werden sie durch das Zusammenspiel vieler Akteure: Verwaltung, Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie, Beherbergung, Handwerk, Kultur und Bildung, Sportstätten, Kirchen, Vereine, Gesundheitseinrichtungen und Betreuung. Und auch die Bürger:innen selbst mit ihrem ehrenamtlichen Engagement zählen zu den Säulen der Zentren. Das macht die Innenstadt seit Jahrhunderten zum Herz einer Kommune – und damit zu einem gemeinsamen Kulturgut.

Dabei stehen die Innenstädte vor großen Herausforderungen. Die Anzahl an Betrieben nimmt ab, Leerstände werden offensichtlicher, die Verkehrswende sorgt für Einschränkungen in der Erreichbarkeit. Zudem müssen Lösungen für Klimaanpassung der Innenstädte gefunden und das Management der Zentren muss immer professioneller werden. In Anbetracht dieser Veränderungen sollte es das gemeinsame Ziel sein, unsere Innenstädte weiterzuentwickeln. Die IHK tritt für eine positive und aktive wirtschaftliche Entwicklung unserer Innenstädte ein.

Forderungen

- 1. Innenstadt gemeinsam entwickeln:** Da Innenstädte als gewachsene Standortgemeinschaften nur im Zusammenspiel aller Akteure und Angebote gut funktionieren können, müssen sie professionell gemanagt werden. Die lokal beauftragten Einheiten müssen personell und finanziell entsprechend ausgestattet sein. Aktives Flächenmanagement ist zukünftig eine der zentralen und strukturell zu verankernden Aufgaben. Nötige Nutzungsänderungen leerstehender Flächen sollten pragmatisch und unbürokratisch im Dialog mit den Eigentümern der Immobilien möglich werden.
- 2. Innenstadt auch als Wohnort neu denken:** Unsere Innenstädte werden immer multifunktionaler. Wirtschaften, Arbeiten, Erleben und Wohnen müssen nebeneinander funktionieren. Der Ausbau des innerstädtischen Wohnungsangebotes hat in Zeiten knappen Wohnraums oberste Priorität, wobei barrierefreies Wohnen für eine alternde Gesellschaft mit kurzen Wegen zu allen Angeboten in Innenstadtlagen besonders nachgefragt wird. Dadurch drohen aber zusätzliche Interessenkonflikte. Diese lassen sich abmildern, wenn Innenstädte und Ortskernlagen zukünftig noch stärker in Funktionsbereichen gedacht und geplant werden.
- 3. Erlebnis- und Begegnungsorte schaffen und stärken:** Der Innenstadtraum braucht eine hohe Aufenthaltsqualität. Orte des Verweilens ergänzen sinnvoll den kommerziell nutzbaren öffentlichen Raum. Sondernutzungs- oder Gestaltungsatzungen definieren die Nutzung und auch die Optik des öffentlichen Raumes. Diese Nutzung – egal ob als Verkaufsraum, als Außengastronomie oder als Veranstaltungsort – muss einfach, unbürokratisch und pragmatisch gewährleistet sein. Die Kommunalpolitik sollte dieser Tendenz folgen durch angemessene Budgets und personelle Ausstattung.
- 4. Kommunale Einzelhandelskonzepte schützen die Innenstadt:** Eine positive Innenstadtentwicklung lässt sich unter anderem durch eine innenstadtschützende Ansiedlungspolitik begünstigen. Diese Lenkung kann durch eine gesamtstädtische Ausarbeitung und regelmäßige Aktualisierung von, bzw. durch kommunale Einzelhandelskonzepte realisiert werden. Eine verbindliche Übernahme der Einzelhandelskonzepte in die Bebauungspläne ist im Hinblick auf die Planungs- und Investitionssicherheit von Unternehmen sinnvoll.
- 5. Erreichbarkeit der Innenstädte nachhaltig sicherstellen:** Um Innenstädte und Ortskernlagen als wirtschaftliche Standorte zu erhalten und zu beleben, sollten Maßnahmen zur Verkehrswende und notwendige Baumaßnahmen sorgfältig abgewogen, im Dialog mit der Wirtschaft umgesetzt und mit einem verbindlichen Zeit- und Maßnahmenplan versehen und aufeinander abgestimmt werden.

Fläche

Kooperationen und zukunftsfähige Modelle zur Flächennutzung

Damit Unternehmen am Standort erfolgreich sein können, müssen die Rahmenbedingungen vor Ort optimal sein. Neben der Verkehrsinfrastruktur, dem ÖPNV-Angebot, den Glasfaser- und Mobilfunkanschlüssen sowie den Energienetzen hängt die wirtschaftliche Entwicklung von Kommunen maßgeblich vom verfügbaren Flächenangebot ab. Die Attraktivität bestehender Gewerbegebiete sowie das neu zu entwickelnde Flächenangebot sind hierbei entscheidende Faktoren. Günstige Rahmenbedingungen beeinflussen nicht nur Ansiedlungsentscheidungen und Investitionsvorhaben positiv, sondern erhöhen auch die Attraktivität einer Region als Arbeits- und Lebensraum, wovon letztlich auch die Kommunen profitieren. Ein effizientes und zukunftsgerichtetes Wachstum sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit Fläche als Gemeinschaftsaufgabe sind daher unabdingbar.

Forderungen

1. **Sicherstellen ausreichender Gewerbeflächen:** Eine zukunftsorientierte Flächenplanung gelingt nur, wenn ausreichend Flächen bereitgestellt werden, die schnell nutzbar gemacht werden können. Die Entwicklung von Gewerbeflächen sollte den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen und realistisch umsetzbar sein, da Flächen maßgeblich das Potenzial für wirtschaftliches Wachstum darstellen.
2. **Nutzung von Kooperationen zur Schaffung attraktiver Gewerbeflächenangebote:** Eine aktive und strategische gemeinsame Entwicklung von Gewerbeflächen auf kommunaler und regionaler Ebene bietet erhebliche Vorteile. Interkommunale Gewerbegebiete ermöglichen zudem die Bildung regionaler Schwerpunkte sowie großflächiger Entwicklungsmöglichkeiten.
3. **Schutz bestehender Gewerbebestandsflächen und Vermeidung von Nutzungskonflikten:** Vorhandene Gewerbeflächen sollten weiterhin durch klare Trennungsregelungen und Schutzmaßnahmen vor konkurrierenden bzw. empfindlicheren Nutzungen geschützt werden – auch vor der zunehmenden Wohnbebauung in gemischten oder städtischen Gebieten.
4. **Entwicklung nachhaltiger Gewerbegebiete für zukünftige Anforderungen:** Die Transformation von Gewerbegebieten wird durch verschiedene Faktoren und Megatrends, einschließlich strengerer Umwelt- und Klimaschutzvorgaben, vorangetrieben. Kommunen und Unternehmen sollten gemeinsam Strategien und Maßnahmen entwickeln, um die Resilienz zu stärken und Gewerbegebiete energie- wie auch flächeneffizient weiterzuentwickeln. Dies erfordert eine Rückbesinnung auf die Wertschätzung unternehmerischen Handelns in Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

Wohnen

Wohnraum für Auszubildende, Fach- und Arbeitskräfte schaffen

Der Wohnungsmarkt in der Region ist seit Jahren angespannt und zu einer zentralen Herausforderung geworden. Der anhaltende Wohnungsmangel beeinträchtigt dabei nicht nur die Lebensqualität der Bevölkerung, sondern hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Fachkräftegewinnung. Unternehmen haben Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeitende zu finden und zu halten, wenn diesen keine bezahlbaren Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dies wiederum kann die Attraktivität, wirtschaftliche Dynamik und Innovationskraft der Region beeinträchtigen.

Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass Gemeinden im ländlichen Raum der Region immer noch vorrangig reine Einfamilienhausgebiete mit käuflichen Eigenheimen ausweisen. Dies zeigt sich daran, dass hier die Wohnbaufläche am stärksten zugenommen hat, obwohl die Bevölkerung am wenigsten angestiegen ist. Gerade solche Wohngebiete verbrauchen besonders viel Fläche pro Person. Das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ mit i.d.R. dichterem Wohnformen (Mehrparteienhäusern, Geschosswohnungsbau und Mietwohnungen) wird so meist nur am Rande berücksichtigt. Kleinere Wohnungen werden dabei häufig mit hohen Stellplatzanforderungen belegt, sodass ein Anreiz fehlt, solche Wohnungen zu realisieren.

Von den steigenden Mieten sind Auszubildende besonders betroffen, da ihre Vergütung meist nicht für einen eigenen Haushalt reicht. Das Problem verschärft sich durch die Konkurrenz von Personen im gleichen Marktsegment. Eine IHK-Umfrage hat 2022 ergeben, dass rund ein Viertel der Betriebe bereits Auslandsrekrutierung im Bereich der Ausbildung durchführt oder konkret plant und daher zusätzlichen Wohnraum benötigt. Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende ist deshalb ein veritabler Standortfaktor für unsere Wirtschaftsregion.

Forderungen

- 1. Umdenken in ländlichen Gemeinden:** Um die Unternehmen langfristig in der Fläche halten zu können, sind flächeneffizientere Wohnformen dringend von Nöten. Die Bauleitplanungen der Gemeinden müssen dies künftig deutlich mehr berücksichtigen. Den Gemeinden stehen viele kommunale Instrumente zur Verfügung, welche dies wirksam unterstützen, wie bspw. der Einsatz von Bauverpflichtungen, Vorkaufsrecht und Erbbaurecht. Sie müssen weit mehr zum Einsatz kommen.
- 2. Berücksichtigung von preisgünstigerem Wohnungsbau:** Die Gebietskörperschaften am südlichen Oberrhein sollten verstärkt in den sozialen Wohnungsbau investieren. Durch gezielte Inanspruchnahme von Förderprogrammen und Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften kann der Bestand an bezahlbarem Wohnraum ausgebaut werden – hier stehen den Kommunen ausreichende Instrumente zur Verfügung.
- 3. Aktive Bodenpolitik und Flächennutzungsplanung:** Eine vorausschauende Flächennutzungsplanung und eine aktive Bodenpolitik der Kommunen sind entscheidend, um ausreichend Bauland für Wohnzwecke zu sichern und Spekulationen entgegenzuwirken. Dies sollte auch die Umnutzung geeigneter Brachflächen und die Innenentwicklung bzw. Nachverdichtung bestehender Quartiere umfassen.
- 4. Nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilitätskonzepte:** Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik sollte Wohnen, Arbeiten und Mobilität miteinander verknüpfen. Die Förderung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten und die Verbesserung des ÖPNV tragen zur Attraktivität von Wohnquartieren bei.
- 5. Regional abgestimmte Wohnraum-Strategie für Auszubildende:** Aktuell werden einzelne Kommunen aktiv und unternehmen konkrete Schritte zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende. Das ist richtig und wichtig. Woran es fehlt, ist jedoch eine regional abgestimmte Strategie und das klare Bekenntnis zum konsequenten Ausbau von Internatsplätzen an den Beruflichen Schulen.

Verkehrsinfrastruktur

Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur fördern

Eine gut ausgebaute und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort. In vielen Bereichen ist die Infrastruktur in unserer Region auf einem hohen Niveau. Allerdings gilt es, bestehende Engpässe und Lücken in der Infrastruktur durch Aus- und Neubau möglichst rasch zu beseitigen. Angesichts der Herausforderungen durch das Bevölkerungswachstum in der Region sowie den Klimawandel ist es entscheidend, die Verkehrssysteme zu modernisieren und auf zukunftsfähige Lösungen auszurichten, um auch weiterhin ein wettbewerbsfähiger Standort zu bleiben.

An Bedeutung gewinnt zudem der kosteneffiziente Ausbau der Infrastruktur im ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, um die Attraktivität und Verfügbarkeit umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu erhöhen. Die enge Zusammenarbeit der regionalen Akteure und die Schaffung von Mobilitätspartnerschaften spielen eine zentrale Rolle, um diese Ziele nachhaltig umzusetzen und die Mobilitätsangebote in der Region zu verbessern.

Forderungen

1. Modernisierung und Ausbau der Straßeninfrastruktur:

Eine gezielte Modernisierung und Erweiterung der Straßeninfrastruktur ist notwendig, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, Verkehrsengpässe zu reduzieren und die Erreichbarkeit von Gewerbegebieten sowie Wohngebieten zu verbessern.

Regionale Beispiele sind:

- Ausbau der Autobahn A5 auf 6 Fahrspuren, prioritär zwischen Freiburg und Offenburg, bei Zunahme der Verkehrsstärken in Zukunft auch zwischen Freiburg und Basel. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass der Ausbau von A5 und Rheintalbahn entsprechend effizient koordiniert wird, um unnötige Doppelbelastungen von Anliegern zu vermeiden.
- Ausbau der B 31 entsprechend ihrer überregionalen verkehrlichen Funktion (B 31-West, Stadttunnel, Verbreiterung auf 4 Fahrspuren, Falkensteigtunnel und Hirschsprungtunnel, Gauchachtalbrücke)
- Ausbau der B 33 entsprechend ihrer überregionalen verkehrlichen Funktion (Autobahnabfahrt Offenburg-Süd mit Anschluss an die B 33, Ausbau auf 3-4 Fahrspuren im gesamten Verlauf, Ortsumfahrung Haslach, Ortsumfahrung Gutach)

Die IHK Südlicher Oberrhein unterstützt nachdrücklich die Realisierung des Stadttunnels in Freiburg. Dieses Infrastrukturprojekt des vordringlichen Bedarfs ist entscheidend, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern. Regionale Gremien wie Gemeinderäte, Kreistage und die Regionalversammlung sollten sich klar und einstimmig für den Bau des Tunnels positionieren, um ein starkes Signal an das Bundesverkehrsministerium zu senden und die Umsetzung dieses wichtigen Vorhabens zu unterstützen.

- #### 2. Ausbau der Schieneninfrastruktur:
- Der Ausbau und die Modernisierung der Schieneninfrastruktur sind zentral, um eine nachhaltige Alternative zum Straßenverkehr zu bieten. Dies umfasst den Ausbau von Kapazitäten, die Elektrifizierung von Strecken sowie die Verbesserung der Anbindung an überregionale Verkehrsnetze, auch grenzüberschreitend.

Regionale Beispiele sind:

- Der Ausbau der Rheintalbahn auf vier Gleise Ausbau der Strecke Straßburg – Appenweier entsprechend der Anforderungen des Personen- und Güterverkehrs

3. **Ausbau einer nachhaltigen Logistikinfrastruktur:** Der gezielte Ausbau und die Modernisierung der Logistikinfrastruktur sind entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung und die Effizienz der überregionalen Lieferketten am südlichen Oberrhein.
 - Bereitstellung von Flächen für Logistikansiedlungen und LKW-Parkplätzen an den zentralen Verkehrsachsen
 - Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe in der Fläche ausbauen
 - Ausbau der Netzinfrastruktur frühzeitig in den Blick nehmen und auf die zukünftig zu erwartende Nachfrage ausrichten
 - Prüfung des Baus eines Güterverkehrszentrums in Lahr

4. **Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV):** Investitionen in den Ausbau des ÖPNV sind unerlässlich, um die Verkehrsdichte zu reduzieren und umweltfreundliche Mobilitätslösungen zu fördern. Dies beinhaltet den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen sowie die Schaffung attraktiver Tarifsysteme. Insbesondere die ÖPNV-Anbindung der Gewerbegebiete in der Region sollte für die vielen tausend Pendler:innen verbessert werden, etwa durch direkte Busverbindungen aus dem Umlandgemeinden. Die Ausgestaltung der Vergabeverfahren für den ÖPNV sollte dabei mittelstandsfreundlich gestaltet und für regionale Unternehmen zugänglich sein.

5. **Förderung von Fahrrad- und Fußverkehr:** Die Förderung von Fahrradwegen und Fußgängerzonen trägt zur Reduktion von Verkehrsstaus und Luftverschmutzung bei. Das Netz sicherer Radwege und fußgängerfreundlicher Infrastrukturen sollte weiter ausgebaut werden. Um den Pendlerverkehr zu verlagern, bieten vor allem auch Radschnellwege ein hohes Potenzial.
 - Der Radschnellweg Freiburg – Emmendingen / Freiburg – Waldkirch („Freiburger Y“) sollte daher zügig umgesetzt werden. Langfristig ist das Ziel zu verfolgen, in Nord-Süd-Richtung einen durchgehenden Radschnellweg von Achern bis Müllheim zu schaffen, sowie kreuzende Radschnellwege mit Verbindungen nach Frankreich und in den Schwarzwald.

6. **Bürokratiearme Umsetzung des Mobilitätspasses:** Der geplante Mobilitätspass bietet Städten und Landkreisen eine neue Möglichkeit, Einnahmen zum Ausbau des ÖPNV zu generieren. Durch die Zahlung einer Abgabe wird ein „Mobilitätsguthaben“ erworben, das für den Kauf von ÖPNV-Tickets genutzt werden kann. Aus Sicht der IHK sollte der Mobilitätspass ausschließlich über das Modell des Einwohnerbetrags eingeführt werden. Dieses Modell nutzt bereits vorhandene Daten des Einwohnermeldeamtes und senkt dadurch den bürokratischen Aufwand erheblich.

7. **Berücksichtigung der Grenzlage der Region:** Bei der Planung und Umsetzung verkehrlicher Maßnahmen müssen die spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Grenzregion berücksichtigt werden, um eine effektive und nachhaltige Mobilitätsentwicklung zu gewährleisten. Ansatzpunkte für eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Verkehrs sind dabei insbesondere:
 - Reaktivierung der Bahnverbindung zwischen Freiburg und Colmar
 - Prüfung des Baus von zusätzlichen Straßenbrücken über den Rhein zwischen Deutschland und Frankreich insbesondere hinsichtlich der regelmäßigen Sanierungen bestehender Brückenbauwerke
 - Harmonisierung des zulässigen Gesamtgewichts bei grenzüberschreitendem Straßengüterverkehr

Digitale Infrastruktur

Digitale Transformation vorantreiben

Für unsere Region ist auch die digitale Infrastruktur von zentraler Bedeutung. Sie ist entscheidend, um die Potenziale für Wachstum, Beschäftigung und Wohnen in der Region, insbesondere im ländlichen Raum, voll auszuschöpfen. Eine leistungsfähige und zeitgemäße Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur ist daher unerlässlich, um die digitale Transformation in der Region voranzutreiben und Unternehmen sowie private Haushalte gleichermaßen zu unterstützen.

Forderungen

1. **Priorisierung der Anbindung von Gewerbe- und Industriegebieten:** Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur am südlichen Oberrhein muss vorrangig die Anforderungen der Gewerbe- und Industriegebiete berücksichtigen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.
2. **Beschleunigung des Netzausbaus:** Angesichts der schnellen Digitalisierung müssen der Netzausbau und die Verlegung von Glasfasernetzen deutlich beschleunigt werden, um den steigenden Bedarf an Bandbreite zu decken und zukünftige Technologien wie 5G-Mobilfunkmasten zu unterstützen.
3. **Flächendeckende Verfügbarkeit von 4G und Vorbereitung auf 5G:** Eine umfassende Versorgung mit dem schnellen 5G-Netz erfordert zunächst die flächendeckende Verfügbarkeit von 4G. Es ist entscheidend, die Planung und den Bau von Mobilfunkmasten zu erleichtern und zu beschleunigen, um die Infrastruktur für zukünftige Anforderungen bereitzustellen.
4. **Vereinfachte Genehmigungsverfahren für Antennenstandorte:** Die Einführung vereinfachter und beschleunigter Genehmigungsverfahren für den Aufbau von Antennenstandorten ist notwendig, um den Ausbau des Mobilfunknetzes zu fördern und Engpässe in der Netzabdeckung zu beseitigen.
5. **Identifizierung und Unterstützung unterversorgter Gebiete:** Es ist wichtig, Gebiete zu identifizieren und gezielt zu unterstützen, die nicht durch marktwirtschaftliche Initiativen erschlossen werden können, um eine gleichmäßige und umfassende digitale Versorgung sicherzustellen.

IHK Südlicher Oberrhein

Schnewlinstraße 11-13
79098 Freiburg

☎ 0761 3858-0

✉ info@freiburg.ihk.de

🌐 www.ihk.de/freiburg

